

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Die heutige Ausgabe der „Wahlkreispost“ bietet wieder einmal eine ganz besonders große Vielfalt an für Bund, Land und Wahlkreis relevanten politischen Themen, die ich euch gerne näher bringen möchte.

Dabei geht es unter anderem um das SPD-Rentenkonzept, das der SPD-Vorsitzende und Kanzlerkandidat Martin Schulz vergangene Woche gemeinsam mit unserer Bundesarbeitsministerin Andreas Nahles



vorge stellt hat. Mit diesem überzeugenden Konzept möchte die SPD mit einem Bundeskanzler Martin Schulz nach dem 24. September 2017 dafür sorgen, dass das Rentenniveau stabilisiert wird, das Renteneintrittsalter nicht weiter ansteigt, jedem und jeder, der oder die lange gearbeitet hat, eine Rente überhalb der Grundsicherung zusteht und die nachfolgenden Generationen nicht durch stetig steigende Beiträge belastet werden – ein ganz besonders wichtige Baustein in unserem Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2017!

Darüber hinaus geht es um die Innere Sicherheit bei uns im Land und die verschiedenen Maßnahmen, die die Landesregierung ergreift, um sie zu gewährleisten, um die aus rheinland-pfälzischer Sicht positiv zu beurteilende Neuordnung der Bund-Länder-Finzen, die weiteren Fortschritte im Bereich von Demografie und Digitalisierung im Land, die sich auch positiv für den ländlichen Raum auswirken und die auch Thema beim Digitalgipfel der Bundesregierung am 12. und 13. Juni 2017 in der Metropolregion Rhein-Neckar sein werden, sowie um die Präventionsstrategie des Landes, auf die ich als Gesundheitsministerin setze und die ich gezielt vorantreiben möchte – denn Vorsorge durch ein gesundes Leben ist immer besser Krankheit und Nachsorge.

Ich wünsche euch eine gute Woche und ganz viel Spaß beim Lesen!
Eure Sabine



Die Rente für ein gutes Leben

Natürlich wollen wir alle im Alter so weiterleben können, wie wir es gewohnt sind – und nicht erst mit 70 in die Rente gehen. Dafür haben wir gearbeitet, das haben wir verdient. Gleichzeitig sollen die Beiträge in die Rentenkasse die junge Generation nicht erdrücken. Beides ist möglich, wenn wir es wollen und gemeinsam mutig entscheiden. Gemeinsam mit Andrea Nahles hat Martin Schulz ein Konzept erarbeitet für ein stabiles Rentenniveau, das nicht weiter absinkt – und für einen Rentenbeitrag, der nicht über 22 Prozent steigt. Damit das geht müssen wir an verschiedenen Stellen ansetzen: zum Beispiel dafür sorgen, dass mehr Frauen und Männer gute Löhne bekommen. Und dass mehr Erwerbstätige in die Rentenversicherung einzahlen. Wir haben Ideen für einen neuen Generationenvertrag. Damit sich wir alle, und auch noch unsere Kinder und Enkel, auf eine gute, sichere Rente verlassen können.

Verlässlich

Das Rentenniveau liegt heute bei 48 Prozent. Wir wollen nicht, dass es weiter absinkt und werden dafür sorgen, dass es auf der jetzigen Höhe bleibt. Und das Eintrittsalter zur Rente wird nicht weiter steigen! Gleichzeitig werden wir sicherstellen, dass der Beitrag zur Rentenversicherung für die Beschäftigten und Arbeitgeber nicht über 22 Prozent steigt. Das heißt: eine gute, verlässliche Rente ohne die jüngere Generation zu überfordern.

Gemeinsame Aufgabe

Um das zu schaffen, werden wir in einer Übergangszeit mehr Geld aus dem Steueraufkommen in die Rente geben. Auch auf längere Sicht funktioniert das, weil die Digitalisierung zusätzliche Produktivität bringt. Eine gute Rente für alle ist eben eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft.

Ein starkes Fundament

Wir machen die gesetzliche Rente auf Dauer stärker. Das geht, wenn mehr Menschen ihren Beitrag leisten: zum Beispiel Selbständige, die noch nicht anders fürs Alter abgesichert sind. Und wir werden allen Müttern – und Vätern – durch noch bessere Kinderbetreuung mehr Möglichkeiten geben zu arbeiten, wenn sie es wollen. Dadurch und durch eine systematische Einwanderungspolitik verhindern wir außerdem den Fachkräftemangel. Auch das ist gut für die Rente. Und, ganz wichtig: eine starke Tarifbindung. Denn gute Löhne für alle bringen gute Renten!

Für eine gute Rente müssen wir an vielen Stellen ansetzen. Aber: Das lohnt sich! Darum wollen wir einen neuen Generationenvertrag zwischen Jung und Alt.

Für eine gute Rente müssen wir an vielen Stellen ansetzen. Wir sagen: Das lohnt sich. Darum wollen wir einen neuen Generationenvertrag.



So schaffen wir das:

- mit der Solidarrente sorgen wir dafür, dass jemand nach einem langen Berufsleben eine Rente hat, die deutlich über der Grundsicherung liegt.
- Wir werden die Erwerbsminderungsrente noch weiter verbessern – für alle, bei denen die Gesundheit nicht mehr mitmacht.
- Selbstständige, die nicht anders fürs Alter abgesichert sind, werden wir in die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Rentenversicherung aufnehmen.
- Wir haben die Betriebsrenten noch attraktiver gemacht – auch für Beschäftigte kleiner und mittlerer Unternehmen.
- Wir haben die private Altersvorsorge einfacher gemacht und die Grundzulage bei der Riesterrente erhöht – das ist gut vor allem für alle, die nicht so viel verdienen.
- Wir haben eine vollständige Angleichung der Renten in Ost und West durchgesetzt. Damit wird die Deutsche Einheit bis 2025 endlich auch im Rentensystem hergestellt. Dafür haben wir seit Jahren gekämpft.

FREIHEITLICHE WERTE STÄRKER ALS TERROR

4. Trierer Forum zum Recht der Inneren Sicherheit in der Staatskanzlei

„Unsere freiheitlichen Werte sind stärker als der Terror. Gleichzeitig sind Staat und Sicherheitsbehörden in höchstem Maße gefordert, neue Strategien zu entwickeln, um terroristische Anschläge zu verhindern.“ Das unterstrich Ministerpräsidentin Malu Dreyer beim 4. Trierer Forum zum Recht der Inneren Sicherheit. Das Land sei, nicht zuletzt dank der engagierten Arbeit der Polizistinnen und Polizisten, bereits sehr gut aufgestellt. Die Sicherheitsbehörden beobachteten Entwicklungen sehr aufmerksam und nutzten die rechtlichen und taktischen Möglichkeiten, um ein Höchstmaß an Sicherheit für die Menschen zu gewährleisten.

Die Bundesrepublik Deutschland wird von verschiedenen jihadistischen Organisationen weiterhin als Gegner wahrgenommen und steht in deren erklärtem Zielspektrum. Der IS ist dabei in der Lage, gut ausgebildete und zu allem entschlossene Täter mit einem Auftrag in westliche Länder zu schicken. „Für ganz Deutschland und so auch Rheinland-Pfalz besteht eine anhaltend hohe abstrakte Gefährdung, die sich jederzeit auch in terroristischen Anschlägen konkretisieren kann. Darauf haben wir reagiert und passen unsere Strategie stetig an“, erläuterte Innenminister Roger Lewentz bei seinem Grußwort.

Bereits nach den Anschlägen in Paris und Belgien habe die Landesregierung im Januar 2015 ein erstes Sicherheitspaket auf den Weg gebracht und unter anderem die Schutzausstattung der Polizei und die Reaktionsfähigkeit noch weiter verbessert. Nach dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt im vergangenen Jahr habe die Landesregierung im Rahmen eines „Spitzentreffens Sicherheit“ weitere umfangreiche Maßnahmen beschlossen, um die Sicherheit noch weiter zu erhöhen. Eine interministerielle Fachgruppe aus Justiz-, Innen- und Integrationsministerium sowie Vertretern der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion analysiere und bewerte überdies kontinuierlich sicherheitsrelevante Entwicklungen und erarbeite Lösungen, verdeutlichte Malu Dreyer.

Lewentz ergänzte: „Es hat sich leider bereits mehrfach gezeigt, dass Täter unter Missachtung des eigenen Lebens agieren und nicht – wie man es über viele Jahre gewohnt war – nach einem Anschlag die Flucht ergreifen. Deshalb beginnt die rheinland-pfälzische Polizei noch im Juni mit speziellen Trainings. So werden die Beamtinnen und Beamten darauf vorbereitet, mit Schutzausrüstung und Maschinenpistole unter starkem Beschuss zu agieren. Zum Ausbildungskonzept gehören auch der Schutz und die medizinische Erstversorgung von möglichen Anschlagsoptionen.“

Darüber hinaus stärke das Land die Prävention, indem es zum Beispiel die Landeskoordinierungsstelle gegen Extremismus und Islamismus personell aufstocke und das Präventionsnetzwerk DIVAN noch stärker unterstütze. Ein Schwerpunkt der Präventionsarbeit liege darauf zu verhindern, dass sich junge Menschen radikalisierten, so die Ministerpräsidentin.

Das Trierer Forum zum Recht der Inneren Sicherheit ist eine gemeinsame Veranstaltung des Instituts für Deutsches und Europäisches Strafprozessrecht (ISP) der Universität Trier und des Landeskriminalamts Rheinland-Pfalz. Ziel ist es, den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis zu fördern und eine Plattform zu schaffen, auf der über aktuelle Entwicklungen informiert und gemeinsam an Strategien gearbeitet werden kann. Dreyer hat die Schirmherrschaft über die Veranstaltung übernommen.

TERRORWARNUNG BEI „ROCK AM RING“: „SICHERHEIT NICHT VERHANDELBAR“

Anlässlich des zu Ende gegangenen Musikfestivals „Rock am Ring“ erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Alexander Schweitzer: „Friedlich, ausgelassen und begeistert haben zehntausende Frauen und Männer am Nürburgring zu Rockmusik gefeiert. Es ist herausragend, dass die Stimmung unter den Besuchern trotz der Terrorwarnung am Freitag ausgelassen war. Herausragend ist auch, dass am Freitag die Festivalbesucher so gefasst und diszipliniert auf die Warnung reagiert haben. In jeder Hinsicht richtig haben die Sicherheitsbehörden und Innenminister Roger Lewentz gehandelt: In einer schwierigen Situation haben sie die verantwortungsvolle Entscheidung getroffen, das Festival vorerst zu unterbrechen, das Gelände umfassend untersuchen zu lassen und weitreichende Ermittlungen anzustellen. Die Behörden und Minister Lewentz haben konsequent nach dem Motto gehandelt ‚Die Sicherheit der Menschen ist nicht verhandelbar‘. Den Sicherheitskräften und der Polizei gebührt ein großer Dank.“

Schweitzer sagt: „Der jüngste Terroranschlag in London führt uns allen wieder vor Augen: Im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus müssen wir auf eine starke Polizei und auf bestens aufgestellte Sicherheitsbehörden setzen. Im Sinne der Demokratie und des Rechtsstaats müssen wir als Gesellschaft unsere westlichen Werte Freiheit und Toleranz verteidigen. Die hinterhältigen Personen, die Terror-Angriffe verüben, scheitern: Die Widerstandskraft der Demokratie wird weiter zunehmen.“

STÄRKEN DES FÖDERALISMUS AUSBAUEN

Dreyer lobt Neuordnung von Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Ministerpräsidentin Malu Dreyer begrüßt das Ergebnis der Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern. „Bund und Länder haben mit der Einigung Handlungsfähigkeit und Gestaltungskraft im solidarischen Föderalismus unter Beweis gestellt“, sagte Malu Dreyer in ihrer Rede im Bundesrat.

Die Neuregelung Sorge für Planungssicherheit mit Blick auf die Haushalte von Bund und Ländern über das Jahr 2019 hinaus. Als positives Beispiel für eine sinnvolle Neuregelung im Rahmen der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen nannte die Ministerpräsidentin die nun geschaffene Möglichkeit für den Bund, künftig die Kommunen bei Investitionen in die Bildungsinfrastruktur zu unterstützen. „Wir stärken auf diese Weise insbesondere die finanzschwachen Kommunen. Das ist mir ein Herzensanliegen, denn moderne und gut ausgestattete Schulgebäude und Klassenräume tragen zu mehr Chancengleichheit im Bildungssystem bei“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

BUND-LÄNDER-FINANZBEZIEHUNGEN

-  **LOCKERUNG DES KOOPERATIONSVERBOTES**
-  **MEHR GELD IN BILDUNGSINFRASTRUKTUR**
-  **250 MILLIONEN EURO/JAHR MEHR FÜR RHEINLAND-PFALZ**

RHEINLAND-PFALZ
SPD

Die Ministerpräsidentin begrüßte, dass es in den Verhandlungen gelungen sei, sich bei der Verkehrsinfrastrukturgesellschaft auf eine Regelung zu einigen, die eine Privatisierung des Autobahnnetzes auch für die Zukunft ausschließt und die berechtigten Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beim Übergang zur neuen Gesellschaft

des Bundes berücksichtige. Davon würden tausende von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter profitieren, welche heute in den Straßenbauverwaltungen der Länder arbeiteten und künftig zur Verkehrsgesellschaft des Bundes wechseln.

Sie lobte die konstruktive Verhandlungsführung beider Seiten, die dazu beigetragen habe, dass nicht nur über Geld, sondern auch über notwendige Strukturreformen Einigung erzielt worden sei. Besonders hob sie dabei die Vereinbarung von Bund und Ländern über einen gemeinsamen Online-Zugang zu den Verwaltungsebenen der einzelnen staatlichen Ebenen hervor. „Es ist wichtig, die Aufgaben und Verantwortungsbereiche zwischen Bund und Ländern zu überdenken und dort, wo es gut begründbar und notwendig ist, auch Änderungen vorzunehmen“, so Dreyer.

Kritisch bewertet die Ministerpräsidentin aber das Bestreben des Bundes, „pauschal einen weitergehenden Einfluss zu Lasten der Länder“ geltend zu machen. Dies sei zum Beispiel bei dem erweiterten Weisungsrecht beim IT-Einsatz in der Steuerverwaltung der Fall. Es sei nicht legitim, dass nur eine qualifizierte Mehrheit von mindestens elf Ländern Vorgaben des Bundes im Bereich allgemeinfachlicher Weisungen sowie der steuerlichen IT verhindern könne. „Es wird eine gemeinsame Aufgabe der Zukunft sein, dass Bund und Länder sich nicht mit Misstrauen begegnen, sondern gemeinsam an Lösungen unserer Zeit arbeiten“, sagte Dreyer.

Bund und Länder trügen eine große Verantwortung für die Ausgestaltung der föderalen Strukturen in Deutschland. „Die Bundesländer werden dieser Verantwortung im Interesse der Bürgerinnen und Bürgernachkommen“, betonte Ministerpräsidentin Malu Dreyer. „Es gehört zu den Stärken des Föderalismus, die unterschiedlichen Lebensverhältnisse besonders gut abzubilden und eine bürgernahe Politik zu gewährleisten. Diese Vorteile der föderalen Ordnung gilt es nicht nur beizubehalten, sondern auszubauen und weiter zu stärken“, so die Ministerpräsidentin.

CHANCEN FÜR DEN LÄNDLICHEN RAHM

Gleichwertig gute Lebensverhältnisse durch Digitalisierung

Das Demografie- und das Digitalisierungskabinetts der rheinland-pfälzischen Landesregierung sind in der vergangenen Woche zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengekommen. Die Sitzung diente vor allem der Vorbereitung des Digitalgipfels der Bundesregierung, der am 12. und 13. Juni in Ludwigshafen in der Metropolregion Rhein-Neckar stattfindet. „Wir wollen die Digitalisierung des Landes aktiv gestalten. Unser Ziel ist es, Land und Leute zu vernetzen“, unterstrich Ministerpräsidentin Malu Dreyer den Gestaltungsanspruch ihrer Landesregierung. So habe der Digital Gipfel bereits zahlreiche Impulse gesetzt. Als Beispiel nannte sie den Start-up Hub „Freischwimmer“.

Auf der Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung des Demographie- und Digitalisierungskabinetts standen deshalb vor allem Themen, die auch auf dem Digitalgipfel rund um digitale Gesundheitspolitik eine Rolle spielen, so ein Projekt zur Etablierung eines Versorgungskonzeptes für Patienten mit chronischer Herzinsuffizienz und Herzrhythmusstörungen sowie ein verstärkter Einsatz der Telemedizin in der Schlaganfallversorgung. „Angesichts der älter werdenden Gesellschaft ist es wichtig, eine gute Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum zu gewährleisten. Die Digitalisierung kann einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, im ganzen Land gleichwertig gute Lebensverhältnisse zu erhalten“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Wirtschaftsminister Volker Wissing verwies darauf, dass der Prozess der Digitalisierung erst begonnen habe und sich die Auswirkungen in ihrer Gesamtheit kaum vorhersagen ließen. „Die Digitalisierung erfasst alle Lebensbereiche in unserer Gesellschaft mit einer Dynamik in bisher unbekanntem Ausmaß“, so der Wirtschaftsminister. Um sich einen fundierten Überblick über den Digitalisierungsgrad der Wirtschaft zu verschaffen, habe er die Studie „Wirtschaft DIGITAL: Rheinland-Pfalz“ in Auftrag gegeben. „Die rheinland-pfälzische Wirtschaft liegt etwa im Bundesdurchschnitt, das ist eine gute Ausgangslage, aber weit entfernt von unseren Zielvorstellungen“, so Wissing. Insbesondere die Informations- und Kommunikationsbranche liege mit 72 von 100 möglichen Indexpunkten deutlich über dem Landesdurchschnitt von 51 Punkten. Bis zum Jahr 2021 werde ein Anstieg dieses Wertes auf 78 Punkte prognostiziert. „Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist fest entschlossen, die Vorteile der Digitalisierung für sich zu nutzen. Viele Unternehmen warten dennoch mit ihren Investitionsentscheidungen und beobachten die Entwicklungen am Markt“, stellte Wirtschaftsminister Wissing fest. In Anbetracht der unwahrscheinlich schnellen aber auch unsicheren Entwicklungen sei die Skepsis der Unternehmen zwar nachvollziehbar und sicher berechtigt, gleichwohl rechne er mit einem gewaltigen Digitalisierungsschub, wenn sich das volle Potential der Digitalisierung in den einzelnen Branchen klarer abzeichne. „Rheinland-Pfalz will Vorreiter der Digitalisierung werden und wir haben eine Wirtschaft, die bereit ist, die Chancen auch konsequent zu nutzen. Das sind gute Voraussetzungen für den künftigen wirtschaftlichen Erfolg“, so Wissing.

Ministerpräsidentin Malu Dreyer sieht in dem in Ludwigshafen in der Rhein-Neckar-Region stattfindenden Digitalgipfel eine große Chance für Rheinland-Pfalz, eine führende Rolle bei der Digitalisierung einzunehmen. „Wir begrüßen die Bundeskanzlerin und quasi die Bundesliga der IT-Wirtschaft in Deutschland mit rund 1.200 Gipfel-Teilnehmern und Teilnehmerinnen. Der neue Name Digitalgipfel bringt sehr gut zum Ausdruck, dass die Digitalisierung nahezu unser gesamtes Leben verändert“, erklärte die Ministerpräsidentin.

„Rheinland-Pfalz hat nicht abgewartet, dass Digitalisierung passiert, sondern die Digitalisierung gezielt vorangetrieben“, so die Ministerpräsidentin. Die Zukunft des Landes ließe sich nur gestalten, wenn die Politik Entwicklungen nicht abwarte und aussitze, sondern sich diesen vielmehr offensiv und kreativ stelle. „Rheinland-Pfalz hat das bundesweit erste Digitalisierungskabinett eingerichtet. Für uns ist Digitalisierung kein Nischen-, sondern ein Schwerpunkts- und Querschnittsthema.“

GESUNDHEITSFÖRDERUNG GEMEINSAM STÄRKEN

Für Bätzing-Lichtenthäler hat Prävention weiterhin Priorität

Nach der Verabschiedung des Präventionsgesetzes im Jahr 2015, der Unterzeichnung der rheinland-pfälzischen Landesrahmenvereinbarung 2016 sowie dem ersten Landespräventionskongress im Januar 2017 in Worms trafen sich alle Beteiligten zu einer konstituierenden Sitzung des rheinland-pfälzischen Landespräventionsausschusses in Mainz.

„Heute fällt somit auch in diesem Rahmen der Startschuss für unseren gemeinsamen Weg zu einer landesweiten Präventionsstrategie. Seit der Unterzeichnung der Landesrahmenvereinbarung ist in Rheinland-Pfalz viel Positives auf die Beine gestellt worden – was ich auch, so glaube ich, in Bezug auf den Bundesvergleich sagen darf“, lobte Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler die ersten Schritte.



„Ich freue mich sehr über die ‚Aufbruchsstimmung‘, die unter allen Beteiligten zu verspüren ist. Ein Aufbruch mit dem Ziel einer besseren Vernetzung aller Akteure, um gemeinsam die Präventionslandschaft in Rheinland-Pfalz weiterzuentwickeln.“ Gesundheitsförderung und Prävention wird von vielen Akteuren im Land getragen, die nicht zu den Unterzeichnern der Landesrahmenvereinbarung gehören, wie die Kommunen, die Gewerkschaften, die Wohlfahrtsverbände, die Unternehmen oder die Landeszentrale für Gesundheitsförderung. „Mir ist es wichtig, die Kräfte zu bündeln und viele Impulse einzufangen“, so Bätzing-Lichtenthäler.

Der Präventionsausschuss ermöglicht eine umfassende Plattform zur Umsetzung der Landespräventionsvereinbarung und soll zukünftig einmal im Jahr im Vorfeld der jährlich tagenden Präventionskonferenz stattfinden. Dabei werden sowohl die Ergebnisse der Netzwerkarbeit in den Bereichen Gesund aufwachsen, Gesund leben und arbeiten, Gesund im Alter und Gesund in der Kommunen als auch die zukünftigen Zielgruppen und Handlungsfelder für die Umsetzung des Präventionsgesetzes und der Landesrahmenvereinbarung diskutiert.

„Es ist sicherlich eine Herausforderung, die verschiedenen Perspektiven aller Partnerinnen und Partner zu bündeln und gemeinsame Nenner zu finden. Es ist aber auch ein potentialträchtiges Unterfangen, die Kompetenzen der Akteure an einem Tisch zu wissen und für die Menschen im Lande einzusetzen. Denn genau das ist unser aller Ziel: Wir wollen insbesondere die Menschen erreichen, die so schwer zu erreichen sind. Zugänge zu gesundheitsfördernden Maßnahmen dort eröffnen und erleichtern, wo der Bedarf am größten ist, aber am wenigsten von den Bedürftigen wahrgenommen wird“, fasste die Ministerin zusammen.

So sollen künftig auch die Menschen stärker von gesundheitsfördernden Maßnahmen und Präventionsmaßnahmen profitieren, die aufgrund von besonderen Lebenssituationen oder Mehrfachbelastungen, beispielsweise durch Beruf, Familie, häusliche Pflege oder Ehrenamt einen erhöhten Bedarf an präventiven Angeboten haben. Gemeinsames Ziel ist, die Menschen direkt in ihren Lebenswelten, das heißt in den Kommunen, Betrieben, den Kindertagesstätten und Schulen, kompetenz- und ressourcenorientiert anzusprechen und zu fördern.

IN EIGENER SACHE: TERMINVERSCHIEBUNG BEI RUDOLF SCHARPING

Die in der vergangenen „Wahlkreispost“ angekündigte Veranstaltung „„America First‘ – und wo bleibt Europa?“ mit Bundesverteidigungsminister und Ministerpräsident a. D. Rudolf Scharping, die ursprünglich für Freitagabend, den 23.06.2017 um 19:30 Uhr angesetzt war, muss leider verschoben werden.

Allen Leserinnen und Lesern, die sich schon jetzt auf diesen Abend gefreut haben, bitten wir herzlich um Verständnis. Die Veranstaltung, die schon jetzt auf großes Interesse gestoßen ist, soll nach der Sommerpause nachgeholt werden. Ein entsprechender Termin wird rechtzeitig in der „Wahlkreispost“ bekanntgegeben.